

SCHWEIZER

FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Lockerungen für Wohlfahrtsfonds

Wohlfahrtsfonds von Unternehmen können Mitarbeitende in Notlagen rasch und unbürokratisch unterstützen. Die Baselbieter Nationalrätin Daniela Schneeberger hat eine parlamentarische Initiative eingereicht, die das enge gesetzliche Korsett der Wohlfahrtsfonds lockern soll. Der Vorstoss fand in den Kommissionen beider Kammern bereits eine Mehrheit. **Seiten 8 und 9**

Jubiläum der FDP International

Vor 30 Jahren wurde die FDP International gegründet. Zeitgleich erhielten die Auslandsschweizerinnen und Auslandschweizer das passive und aktive Wahlrecht. Helen Freiermuth, Präsidentin der FDP International, blickt auf die drei vergangenen Jahrzehnte zurück. **Seite 11**

Nein zum Mediengesetz

Das Medienpaket, das vom Parlament verabschiedet wurde, ist eine gravierende Fehlkonstruktion. Die überbordenden Subventionen für die Medien erschweren der Branche ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat und hemmen Innovationen. Nationalrat Christian Wasserfallen zeigt auf, dass mit dem Gesetz insbesondere für Onlinemedien eine neue Subventionsmaschinerie geschaffen würde. **Seite 17**

Länderübergreifender Austausch

Als Mitglied der Allianz der liberalen Parteien Europas tauscht sich die FDP regelmässig mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern aus. Am letzten Kongress waren auch drei Mitarbeiter des Generalsekretariats dabei und informierten sich über neue Kommunikationsmöglichkeiten sowie die Chancen digitaler Kampagnen. **Seite 22**



Bundespräsident Ignazio Cassis

«Das Amt ist eine grosse Ehre»

FDP-Bundesrat Ignazio Cassis wurde am 8. Dezember von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten für das Jahr 2022 gewählt. Der Aussenminister ist erst der fünfte Tessiner, der dieses Amt bekleidet. Im Interview mit dem «Freisinn» betont er deshalb auch, dass er in seinem Amtsjahr die italienische Sprachgemeinschaft vertreten will. Ausserdem spricht er über die Chancen der Wissenschaftsdiplomatie für das internationale Genf sowie über Dienstreisen, die ihn besonders geprägt haben.

Seiten 4 und 5

Inhalt

- 3 Aus dem Archiv
- 4/5 Bundespräsident Ignazio Cassis im Interview
- 6 Legislatur-Halbzeit in Bundesbern
- 7 Erfolgreiche Wahlen im Kanton Freiburg
- 8/9 NR Daniela Schneeberger setzt sich für Wohlfahrtsfonds ein
- 10 Karin Keller-Sutter im Interview
- 11 30 Jahre FDP International
- 12 RADIGAL blickt nach Deutschland
- 13 FDP Frauen für ein gerechtes Steuersystem
- 14 Jungfreisinnige sammelten fleissig Unterschriften
- 15 Tourismus nach der Pandemie
- 16 Digitaler Sessionsrückblick
- 17 Nein zum Mediengesetz
- 18 Abschaffung der Emissionsabgabe stärkt KMU
- 19 Tabakwerbeverbotsinitiative schiesst übers Ziel hinaus
- 20 Tierversuchsverbotsinitiative bedroht Forschung
- 21 Politik gehört auf die Strasse
- 22 ALDE-Workshop in Warschau
- 23 Vermischtes



Wir übernehmen Verantwortung

Gewichtige Entscheide zum Jahresanfang 2022

Liebe Freisinnige

Ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet, und ich wünsche Ihnen auf diesem Weg ein glückliches Jahr 2022 mit vielen liberalen Höhepunkten. Das Jahr 2022 ist zwar erst wenige Wochen alt, doch wir befinden uns bereits wieder mitten in intensiven politischen Debatten. Auch in diesem Jahr ist die Sicherung der Altersvorsorge für die FDP ein zentrales Thema. In der vergangenen Wintersession konnten wir die längst überfällige AHV-Reform verabschieden und bei der BVG-Reform erste wichtige Pflöcke einschlagen. Zur AHV-Vorlage hat Links-Grün bereits das Referendum angekündigt. Wir werden uns auch in den nächsten Monaten im Parlament und im Abstimmungskampf mit voller Kraft für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge einsetzen. Die Renteninitiative bleibt eine wichtige Lösungsantwort auf eine der grössten politischen Herausforderungen unseres Landes.

Abschaffung der Stempelsteuer ist überfällig

Die nächsten Abstimmungen stehen bereits vor der Tür. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein wichtiges liberales Anliegen. Mit der Aufhebung dieser weltweit einzigartigen Steuer verschaffen wir Schweizer Unternehmen den nötigen Spielraum, um die Erhöhung des Eigenkapitals attraktiver zu gestalten und damit die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Gerade die Corona-Krise hat uns diese Notwendigkeit vor Augen geführt. Hingegen ist das Medienpaket überzogen. Die teils sinnvolle indirekte Medienförderung wurde massiv ausgebaut und durch die direkte Förderung von Onlinemedien erweitert. Letzteres ist nicht mit einer unabhängigen und liberalen Medienlandschaft vereinbar. An der Parteipräsidentenkonferenz hat die FDP deshalb klar die Nein-Parole gefasst. Ebenfalls abzulehnen sind die Tabak- sowie die Tier-

und Menschenversuchsverbotsinitiative, da sie gegen elementare liberale Grundsätze verstossen und die bestehende Gesetzgebung ausreicht. Auf den Seiten 17 bis 20 können Sie mehr zu den Abstimmungen nachlesen.

Liberales Feuer für kantonale Wahlen

Im März finden kantonale Wahlen in Bern, Waadt, Obwalden und Nidwalden statt. Die FDP-Kantonalparteien befinden sich bereits in einem engagierten Wahlkampf. Sie setzen alles daran, dass die freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten positive Ergebnisse erzielen. Im Kanton Freiburg ist dies im Herbst hervorragend gelungen. Die FDP wurde zweitstärkste Partei und bestätigte die zwei Sitze im Staatsrat mit starken Resultaten. Mehr zu den erfolgreichen Freiburger Wahlen finden Sie auf der Seite 7.

Mein Vizepräsidium und ich haben uns in den letzten Wochen intensiv mit parteiinternen Strukturen und freisinnigen Kernthemen beschäftigt und vielerlei Gespräche geführt. Ich durfte an zahlreichen Parteiversammlungen und Veranstaltungen auftreten und unsere Ideen präsentieren. Dabei habe ich einmal mehr festgestellt, dass sich viele Freisinnige mit grossem Einsatz engagieren, sich in Diskussionen einbringen und mehrheitsfähige und liberale Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit entwickeln. So bringen sie unser Land und die Partei voran! Das sind vielversprechende Voraussetzungen für die Zukunft.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Die Frage nach der Arbeitsbelastung des Parlaments ist eine Konstante der Schweizer Politik.

Vor einem Vierteljahrhundert

Der «Freisinn» im Januar 1997

Im Jahr 1997 war die politische Schweiz eine andere. Rezession, die Neat und BSE prägten die Debatten. Der Wunsch nach weniger Polarisierung und mehr Dialogbereitschaft war hingegen gleichermassen markant wie heute.

In den 1990er-Jahren befand sich die Schweizer Wirtschaft in einer schwierigen Verfassung. Rezession, hohe Arbeitslosigkeit und steigende Lebenshaltungskosten beschäftigten die Politik. Diese herausfordernde Situation wurde auch im Freisinn von Januar/Februar 1997 thematisiert. So schrieb der mittlerweile verstorbene Alt-Nationalrat Oscar Fritschi (ZH) über Investitionsspritzen, mit denen der Bundesrat die Wirtschaft ankurbeln wollte. Die Impulsprogramme der Landesregierung stiessen bei Fritschi auf wenig Sympathie: «Während der Budgetdebatte jeden Franken hin und her zu wenden und in der Woche darauf 500 oder 700 Mio. CHF für ein Vorhaben vorzusehen, das allenfalls populistischen Beifall, nicht aber eine dauerhafte Lösung erwarten lässt, ist das Gegenteil von konsistenter Politik.» Die Einschätzung von Fritschi zeigt, dass kurzsichtige Hauruckaktionen der Politik keineswegs ein neues Phänomen sind, sondern bereits vor einem Vierteljahrhundert als probates Mittel der Krisenbewältigung betrachtet wurden.

Visionäre Jungfreisinnige
Als visionär dürfen sich heute die damaligen Jungfreisinnigen rühmen. Im «Freisinn» von Anfang 1997 befassten sie sich in ihrem Beitrag mit der Organspende und wie die Anzahl Spender erhöht

werden kann. Ein Vorschlag lautete: «Man sollte die Möglichkeit prüfen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ohne gegenteilige Meldung an eine offizielle Stelle als Organspenderinnen und -spender gelten». Damit haben sie die Idee der Widerspruchslösung vorweggenommen. Die erweiterte Widerspruchslösung wurde vom Parlament mit Unterstützung der FDP schliesslich im September 2021 beschlossen – knappe 25 Jahre nach dem Vorschlag der Jungfreisinnigen.

Die damalige Fraktionspräsidentin und Ständerrätin Christine Beerli (BE) wagte zum Jahresanfang einen Ausblick auf das Jahr 1997 und wünschte sich unter anderem: «Gesprächsbereitschaft und Dialogfähigkeit – zwischen den Sprachgemeinschaften, den Sozialpartnern und den Generationen.» Ein Wunsch, der auch heute noch seine Gültigkeit hat.

Erste Internetversuche an der DV
Ganz alles war 1997 aber nicht gleich wie 2022. So blickte der «Freisinn» mit einer Bildergalerie auf die vergangene Delegiertenversammlung in Montreux zurück. Dort gab es einen Demo-Stand mit klobigen Computern und mutige Freisinnige wagten sich in dieses sogenannte Internet.



Interview mit Ruth Gisi, die für den Solothurner Regierungsrat kandidierte und auch gewählt wurde.



Die FDP wagte die ersten Schritte «auf Internet».

Eine Parallele zur Gegenwart hingegen ist der Wechsel an der Spitze des Generalsekretariats. Vor 25 Jahren verabschiedete sich Christian Kauter als Generalsekretär zur Plakatgesellschaft APG und Anfang 2022 übernahm Jon Fanzun das Zepter von Fanny Noghero. In seinem Abschiedsartikel schrieb Christian Kauter damals über die fortschreitende Polarisierung der Politik, die gemeinsame Lösungen verunmögliche. Als «Sinnbild der Polarisierung» bezeichnete er die Arena von SF DRS, wie sich SRF früher nannte. Die Klage Kauters relativiert möglicherweise heutige Befürchtungen über negative Auswirkungen der Polarisierung, wobei Twitter und Co. mittlerweile die Polarisierung stärker befeuern als die Arena.

Marco Wölfli

QR-Code scannen
und den ganzen
«Freisinn» von Januar/
Februar 1997 lesen.



«Vielfalt ist ein Vorteil – kein Hindernis»

Bundespräsident Ignazio Cassis vor einem herausfordernden Amtsjahr

Als erst fünfter Tessiner bekleidet Ignazio Cassis im Jahr 2022 das Amt des Bundespräsidenten. Im Interview spricht er über den notwendigen nationalen Zusammenhalt in der Corona-Pandemie, über eindrückliche Reisen im Nahen Osten und wie Wissenschaftsdiplomatie das internationale Genf stärken kann.

Herr Bundespräsident, lieber Ignazio, das Jahr 2021 war von der Pandemie geprägt, aber auch von wichtigen Dossiers wie Europa und der Altersvorsorge. Wie blicken Sie auf das vergangene Jahr zurück?

Zum Jahresbeginn 2021 hatten wir alle grosse Hoffnungen, dass die Pandemie bald enden würde. Doch das Virus wird uns nicht einfach so verlassen. Heute stellt uns die Omikron-Variante vor grosse Herausforderungen. Wir benötigen starke Nerven und Geduld, um uns dem Unbekannten zu stellen. Was die anderen Themen betrifft, so hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen zu beenden, weil eine Einigung mit der EU nicht mehr realistisch schien. Damit sind die Fragen zu den künftigen Beziehungen mit der EU nicht gelöst, aber der Bundesrat arbeitet weiterhin daran. Betreffend Alters-

vorsorge freue ich mich, dass das Parlament eine AHV-Reform verabschiedet hat, die hoffentlich auch in einer Volksabstimmung angenommen wird.

Am 8. Dezember 2021 wurden Sie zum Bundespräsidenten gewählt. Was bedeutet Ihnen dieses Amt?

Es ist eine grosse Ehre und macht mich stolz, meine Sprachgemeinschaft zu vertreten. Nach vielen Jahren bekleidet wieder ein Vertreter der italienischsprachigen Gemeinschaft das höchste Amt. Dieser symbolische und psychologische Aspekt ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Ich bin mir aber auch der Verantwortung und der Herausforderung bewusst, die das Amt mitbringen.

Sie sind erst der fünfte Tessiner Bundespräsident seit 1848 und der zweite Freisinnige. Welche Rolle

spielt der italienische Sprachraum in Ihrem Amtsjahr? Die sprachliche Vielfalt ist auch eine kulturelle Vielfalt. In der Schweiz leben wir in unterschiedlichen Kulturräumen. Das ist nicht leicht, aber wir haben es bisher geschafft, den nationalen Zusammenhalt zu erhalten. Ich will im Jahr 2022 daran erinnern, dass Vielfalt ein Vorteil und kein Hindernis ist. Gelebte Vielfalt ist eine Herausforderung und erfordert von allen die Bereitschaft, sich manchmal zurückzunehmen und einen Schritt auf sein Gegenüber zuzugehen. Ich will in meinem Präsidialjahr mit gutem Beispiel vorangehen.

Welche Schwerpunkte legen Sie in Ihrem Präsidialjahr? Vielfalt ist sicher ein wichtiger Schwerpunkt, da ich als Vertreter einer Sprachminderheit diese Vielfalt auch vertrete. Das mit Abstand wichtigste Thema dürfte aber Corona sein. Die Pandemie bleibt eine grosse Herausforderung, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Und wir sind alle müde, weil wir gehofft haben, dass die Welt Ende 2021 wieder in Ordnung ist. So ist es leider nicht

gekommen. Doch wir müssen der Realität ins Auge blicken – mit Mut und Zuversicht.

Wieso haben Sie sich als Aussenminister dafür entschieden, in Ihrem Präsidentschaftsjahr vorzugsweise Reisen in der Schweiz durchzuführen?

Der Bundespräsident muss in erster Linie dafür sorgen, dass der Gesamtbundesrat seine Arbeit ordentlich durchführen kann. Dazu trägt er eine wichtige Verantwortung für den nationalen Zusammenhalt. Das ist immer eine grosse Herausforderung, aber in der Pandemie ist sie noch grösser. Wir haben in den letzten Monaten viel Unbehagen in der Bevölkerung gespürt. Es gibt harte Diskussionen zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern oder über Fragen, ob es mehr Zentralisierung oder mehr Föderalismus braucht. Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen. Deshalb werde ich im Präsidentschaftsjahr vor allem in der Schweiz unterwegs sein, ohne jedoch einige diplomatische Besuche im Ausland vermeiden zu können.

Sie sind nun seit gut vier Jahren Aussenminister und haben zahlreiche Länder bereist. Gibt es eine Reise oder ein Erlebnis, das Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist?

Da gibt es mehr als eine erinnerungswürdige Reise. So zum Beispiel die Reise nach Bagdad. Der Irak hat 30 Jahre Krieg hinter sich und befindet sich nun in einer Art Renaissance. Eindrücklich war auch die Reise in den Libanon. Das Land steckt in einer tiefen Krise. Am Abend gab es kein Licht auf den Strassen und man spürte, in welcher schwieriger Situation sich das Land befindet. Ähnliche Eindrücke erlebte ich in Libyen, das ebenfalls in einer problematischen Lage ist. Das sind alles Länder, die nicht so weit weg sind von der Schweiz. Die dortige Lage hat Auswirkungen auf unser Land. Deshalb muss sich die Schweizer Aussenpolitik damit auseinandersetzen.

Als Aussenminister pflegen Sie viel Kontakt zu Amtskolleginnen und -kollegen. Wie eng sind diese Kontakte? Gibt es auch Beziehungen auf persönlicher Ebene?

Zu den Aussenministern der Nachbarländer pflegt man engere Kontakte. Wir haben gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsräume. Was das bedeutet, haben wir im ersten Lockdown in Konstanz gesehen, als plötzlich die Grenze zu Deutschland geschlossen war, oder bei der Grenzgänger-Thematik in Genf oder im Tessin. Mit diesen Amtskollegen pflege ich auch eine persönliche Beziehung. Wir telefonieren unkompliziert, insbesondere wenn es Herausforderungen gibt.



Ignazio Cassis ist erst der fünfte Tessiner Bundespräsident.

Das EDA engagiert sich stark in der sogenannten Wissenschaftsdiplomatie. Worum handelt es sich und was sind die Ziele?

Das Projekt rief ich vor drei Jahren mit Unterstützung des Bundesrats sowie Kanton und Stadt Genf ins Leben, um dem internationalen Genf einen neuen Impuls zu verleihen. Im 21. Jahrhundert kommen auf das internationale Genf neue Herausforderungen zu: ultraschnelle Entwicklungen von neuen Technologien wie zum Beispiel Robotersoldaten, die autonom Krieg führen können, selbstfahrende Autos oder Quantum Computing. Das bedeutet für die Menschheit grosse Chancen, aber auch Herausforderungen. Es geht darum zu analysieren, woran heute geforscht wird und zu antizipieren, welche neuen Technologien daraus entstehen könnten. Der Mensch muss im Zentrum bleiben und Risiken müssen möglichst unter Kontrolle gehalten werden. Wir brauchen deshalb Wissenschaftler, die uns sagen, wohin sich die Welt bewegt. Gleichzeitig müssen Diplomatie und Politik sagen: Wenn das in zehn Jahren Realität ist, was muss man bezüglich Regulierung und Umgang vorbereiten, um diese technologischen Innovationen in die Gesellschaft zugunsten des Einzelmenschen zu integrieren. Das nennt man Wissenschaftsdiplomatie (science-diplomacy), und ich freue mich sehr, dass wir darin dank der von uns gegründeten Stiftung GESDA Fortschritte erzielen. Ich bin überzeugt: das internationale Genf wird somit zum internationalen Hub für die Antizipation neuer Technologien werden.

In der Entwicklungshilfe möchte das EDA private Unternehmen stärker einbinden. Wie funktioniert das konkret?

Wir wollen in den Entwicklungsländern Perspektiven vor Ort schaffen. Junge Leute haben eine Perspektive, wenn sie Arbeit haben, ihren Lebensunterhalt bestreiten und eine Familie gründen können. Das ist nur möglich, wenn es Investitionen und Wirtschaftswachstum gibt, was



In seinem Amtsjahr will er vor allem Zeit in der Schweiz verbringen. Fotos: Désirée Dittes

voraussetzt, dass der Staat stabil ist und für gute Rahmenbedingungen sorgt. Arbeitsplätze werden von der Privatwirtschaft geschaffen. Daher ist die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft von grosser Bedeutung. Sie schafft Perspektiven für die jungen Menschen.

Vorhin haben wir bereits über das Tessin gesprochen. Wie ist Ihre Beziehung zu den Tessiner Parlamentariern und der Kantonalpartei? Gibt es einen regelmässigen Austausch?

Seit meinem Amtsantritt führe ich einen regelmässigen politischen Dialog mit der italienischsprachigen Deputation in den eidgenössischen Räten. Das geht über den Kanton Tessin hinaus, da wir in unserer Partei mit Anna Giacometti auch eine italienischsprachige Vertreterin aus dem Kanton Graubünden haben. Mit ihr und den acht National- und zwei Ständeräten aus dem Tessin treffe ich mich einmal pro Session. Wir diskutieren über Grenzbeziehungen und weitere Themen, die alle Parteien gemeinsam haben. Den gleichen regelmässigen politischen Dialog pflege ich zudem mit den Kantonsregierungen des Tessins und Graubündens.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz im Jahr 2022?

Zunächst wünsche ich mir Ruhe, Geduld, Kraft und Mut, um der Covid-19-Pandemie, die uns ungeduldig und wütend macht, entgegenzutreten. Ich glaube fest daran, dass man in solchen Momenten die Zähne zusammenbeissen muss und sich nicht spalten lassen darf. Ich bin überzeugt, dass wir diese Krise überwinden, wenn wir zusammenhalten.

Interview: Fanny Noghero und Marco Wölfli

«Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen.»

Schauen Sie das ganze Interview als Video.



Beat Walti gibt sein Amt als Fraktionspräsident im Februar nach viereinhalb Jahren ab.
Foto: Désirée Dittes



Erfolge trotz oder gerade wegen der Corona-Krise

Halbzeit-Bilanz der 51. Legislatur

In einer von Corona geprägten ersten Hälfte der Legislatur und unter schwierigen Umständen konnte die FDP im Parlament diverse Erfolge verbuchen. Sie bilden eine gute Grundlage für die weitere Arbeit bis zu den Wahlen 2023, die mit einer neuen Partei- und Fraktionsleitung in Angriff genommen wird.

Eine klassische Legislatur-Halbzeitbilanz beginnt typischerweise mit einer Auflistung der Erfolge und endet mit dem Ausblick auf die kommenden Herausforderungen bis zum Legislatur-Ende. Doch in dieser von Corona geprägten Legislatur ist so vieles anders gekommen als geplant, da darf auch in der Halbzeit-Bilanz die Abfolge etwas verschoben werden. Denn geprägt wurden die Partei und die Fraktion in den letzten Monaten auch durch personelle Entscheidungen.

Petra Gössi hat unsere Partei bis im vergangenen Oktober mit viel Herzblut, liberalem Kampfgeist und Mut geführt, und ich habe die konstruktive Zusammenarbeit mit ihr immer sehr geschätzt. Ein Präsidiumswechsel löst andererseits immer auch neue Impulse in der Parteiorganisation aus. Das neue Parteipräsidium rund um Thierry Burkart hat denn auch bereits erste Ausrufezeichen gesetzt und es ist ein gewisser «Ruck» durch die Partei gegangen. Mit den Erfolgen bei den Wahlen im Kanton Freiburg und den ersten positiven Wahlumfragen zum Beginn der zweiten Legislaturhälfte stimmt die Richtung definitiv und ist vielversprechend im Hinblick auf die Wahlen 2023. Mein Entscheid, das Fraktionspräsidium auf die kommende Frühlingssession hin abzugeben, steht denn auch in keinerlei Zusammenhang mit dem

Präsidiumswechsel. Er ist schon früher gereift, und ich halte den Zeitpunkt für günstig, mich nach 4,5 Jahren in dieser spannenden Leitungsfunktion wieder vermehrt auf die Arbeit in den – vor allem wirtschaftspolitischen – Dossiers zu konzentrieren.

Rückblick in Zeiten der Corona-Krise

Wie bereits angetönt, hat die 51. Legislatur zwar im Winter 2019 regulär ihren Lauf genommen, der Parlamentsbetrieb wurde dann aber durch den Corona-Ausbruch in der Schweiz massiv durchgeschüttelt. Höhepunkt im negativen Sinne war der bisher einmalige Sessionsabbruch in der Geschichte der Schweiz nach der zweiten Woche der Frühlingssession 2020. Vor allem die institutionellen Folgen der – regelkonformen – weitreichenden «Aushebelung» des Parlamentes und der Machtverlagerung zur Exekutive hat Nachwehen produziert, die an diversen Stellen bis heute erkennbar sind. Solche Krisen sind aber immer auch als Chance und Katalysator für Veränderungen zu sehen, was unter anderem bei der Digitalisierung des Parlamentsbetriebes sichtbar wurde.

Unerwartete, aber umso erfreulichere Erfolge

Wichtigere und vor allem erfreulichere Veränderungen waren hingegen die diversen inhaltlichen

Erfolge der FDP-Liberalen-Fraktion in der ersten Legislaturhälfte, die trotz erschwelter Umstände zustande kamen. Speziell in der Wirtschaftspolitik konnte die FDP trotz oder vielleicht wegen der Corona-Krise einige davon erringen. Vor allem angesichts des viel zitierten Linksrutschs bei den Wahlen 2019 war kaum absehbar, dass innerhalb der ersten zwei Jahre dieser Legislatur unter anderem die Abschaffung der Industriezölle, die Reform der Verrechnungssteuer und die erste Etappe der Abschaffung der Stempelabgabe erfolgreich durchs Parlament gebracht werden würden. Dieser für den Wirtschaftsstandort zentrale Abbau von Abgabelast und Bürokratie, der auf Vorstösse der FDP-Liberalen-Fraktion zurückgeht, konnte auch dank einer funktionierenden bürgerlichen Zusammenarbeit in beiden Räten erreicht werden.

Einen weiteren (Zwischen-) Erfolg konnte die FDP bei den wichtigen Reformen in der Altersvorsorge feiern. Mit der erfolgreichen Verabschiedung der AHV21-Vorlage wurde immerhin ein erster Etappensieg errungen, der in der zweiten Hälfte der Legislatur noch vollendet werden muss. So wird die Stimmbevölkerung im Herbst 2022 über die AHV21 abstimmen und bereits jetzt ist klar, dass die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau zu emotionalen Debatten führen wird. Umso hilfreicher ist da der bürgerliche Kompromiss, der dank der FDP weitsichtiger und ausgewogener als die Vorlage des Bundesrates ausgefallen ist. Ähnliches muss uns auch bei der BVG-Reform gelingen, die als eines der zentralen Geschäfte die parlamentarische Arbeit bis zu den Wahlen 2023 prägen wird. Auch hier konnte bereits ein guter Grundstein im Nationalrat als Erstrat gelegt werden – nun gilt es, auch im Ständerat und in der anschliessenden Differenzvereinbarung der destruktiven linken Opposition gegen jede strukturelle Sanierung der Vorsorgewerke eine überzeugende und mehrheitsfähige Lösung entgegenzusetzen.

Positiven Trend nutzen

Die FDP konnte insgesamt eine gute Grundlage schaffen, damit auch die zweite Legislaturhälfte – auch mit dem Schwung einer neuen Partei- und Fraktionsleitung – zu einem Erfolg wird. Nun gilt es, diesen positiven Trend auszunutzen und die diversen anstehenden Dossiers im Parlament mit liberalen Lösungen zu prägen. Und davon gibt es viele, wenn man neben der Vorsorge auch an die Reformen infolge der OECD-Mindestbesteuerungsregeln denkt oder an die Klima- und Energiepolitik mit der Neuauflage des CO₂-Gesetzes oder der Vorlage zur Stromversorgungssicherheit. Wir müssen und wollen am Ball bleiben!

Beat Walti,
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Didier Castella (links) und Romain Collaud sind die FDP-Vertreter im Staatsrat Freiburg. Fotos: FDP



Rückenwind für die die neue Legislatur

FDP Freiburg gewinnt die Wahlen

Die kantonalen Wahlen waren für die FDP Freiburg ein Erfolg. Kantonalparteipräsident Sébastien Dorthe will den Schwung nutzen, um liberale Lösungen in Freiburg umzusetzen und mit guten Köpfen die positive Grundstimmung in der Partei weiterzuführen.

Wenn Anfang Februar die erste ordentliche Session des Grossen Rates des Kantons Freiburg stattfindet, dürfen die Freisinnigen das altherwürdige Rathaus mit viel Selbstvertrauen betreten. Bei den Grossratswahlen Anfang November 2021 erhöhte die FDP ihre Sitzzahl um 2 auf 23 und ist nun im 110-köpfigen Kantonsparlament die zweitstärkste Kraft. Im Hinblick auf die neue Legislatur bildet die FDP mit den drei GLP-Vertretern eine gemeinsame Fraktion, die somit auch die grösste im Rat ist. Drei Wochen nach den erfolgreichen Grossratswahlen konnte die FDP Freiburg im zweiten Wahlgang der Staatsratswahlen nachdoppeln und ihre beiden Sitze in der siebenköpfigen Kantonsregierung verteidigen. Der bisherige FDP-Staatsrat Didier Castella holte dabei von allen neun Kandidierenden die meisten Stimmen. Ebenfalls ein tolles Resultat erzielte der zweite Freisinnige Romain Collaud, der auf dem dritten Rang landete und den zurückgetretenen Maurice Ropraz ersetzte.

Für Nachwuchs ist gesorgt

Für Sébastien Dorthe, Präsident der FDP Freiburg, sind die erfolgreichen Wahlen das Resultat einer langfristigen Strategie: «Seit 2012 fokussieren wir uns darauf, dass die FDP nah bei den Leuten ist und unsere gewählten Vertreter konkrete Themen bearbeiten. Die Freiburger FDP-Familie ist dynamisch und präsent. Ein wichtiges Element ist auch, dass die Schlüsselpositionen der FDP Freiburg jung und vielfältig besetzt sind.» Im Wahlkampf konzentrierte sich die FDP auf 20 Vorschläge, die auf fünf Themenbereichen basieren und in der kommenden Legislatur umgesetzt werden sollen. Nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch markierte die FDP Präsenz: «Wir haben das Erscheinungsbild der Kampagnen aller 110 Kandidaten und der zwei Staatsratskandidaten vereinheitlicht. So war die Marke FDP im ganzen Kanton auf den ersten Blick erkennbar», erklärt Dorthe.

Im Hinblick auf die kommende Legislatur will Dorthe den gewachsenen Einfluss seiner Partei



Die FDP verfügt in der neuen Legislatur im Rathaus (vorne) über mehr Einfluss. Foto: iStock/Bogdan Lazar

konstruktiv nutzen, ohne zu überborden: «Dank mehr Kommissionssitzen können wir unsere Positionen sicher besser einbringen. Aber wir müssen auch bescheiden bleiben und insbesondere mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, damit wir im Kanton Freiburg liberale Politik umsetzen können.»

Nah bei den Leuten – online und analog

In den nächsten Monaten finden in verschiedenen Kantonen Wahlen statt und bis zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 dauert es nicht mal mehr zwei Jahre. Der Präsident der Kantonalpartei ist überzeugt, dass sich die Rezepte des Freiburger Wahlkampfes auch bei anderen Wahlen anwenden lassen: «Die Mandatsträger und Mitglieder sind sichtbar und im Kontakt mit der Bevölkerung. Wir stehen für konkrete Lösungen ein, die von allen mitgetragen werden, und unser Programm hat eine klare Linie, bleibt aber entwicklungsfähig.» Zudem verstärkte die FDP Freiburg in den letzten Jahren ihre Präsenz auf Social Media und betrieb dort eine aktive Kommunikation. Zu guter Letzt sei es aber ebenso wichtig, innerhalb der Partei eine positive Stimmung zu kreieren, sagt Dorthe. «Die Stärkung der FDP-Familie ist eine Daueraufgabe. Unsere Mitglieder sollen stolz darauf sein, sich bei der FDP zu engagieren – die Partei, die gewinnt, aber vor allem Lösungen anbietet.»

Marco Wölfli



Mehr Spielraum für Wohlfahrtsfonds

Vorstoss von Nationalrätin Daniela Schneeberger

Wohlfahrtsfonds von Unternehmen möchten heute andere Aufgaben wahrnehmen als zu ihren Gründungszeiten. Die parlamentarische Initiative von Daniela Schneeberger zugunsten der patronalen Fonds stiess in den Kommissionen auf Zustimmung.

Lange bevor das sorgfältig austarierte 3-Säulen-System die Schweizer Altersvorsorge regelte, sorgten oft Unternehmen für die berufliche Vorsorge ihrer Angestellten. Besonders in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gründeten viele Firmeninhaber sogenannte patronale Wohlfahrtsfonds, um ihre Beschäftigten bei Krankheit, Tod, Invalidität und Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Da der Sozialstaat im Verlauf des 20. Jahrhunderts stetig weiter ausgebaut wurde und die Wohlfahrtsfonds strenger Vorschriften unterlagen, nahm deren Zahl und Bedeutung kontinuierlich ab. Der ehemalige FDP-Präsident Fulvio Pelli versuchte dieser Entwicklung entgegenzuwirken und konnte 2016 mit einer parlamentarischen Initiative erreichen, dass Wohlfahrtsfonds neu definiert und bürokratische Hürden abgebaut wurden. Letztere sind allerdings immer noch hoch und sorgen dafür, dass Wohlfahrtsfonds oft mit Behörden diskutieren müssen, bevor sie Leistungen erbringen können. Dies, obwohl unbürokratische Zahlungen gerade ein Vorteil von Wohlfahrtsfonds gegenüber staatlichen Institutionen sind.

Gegen den Rückgang von Wohlfahrtsfonds

Nationalrätin Daniela Schneeberger hat diese Problematik erkannt und eine parlamentarische Initiative dazu eingereicht. Diese fordert, dass Wohlfahrtsfonds im Rahmen ihrer Zwecksetzung auch Leistungen zur Prävention bei Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit (und nicht nur in Notlagen einzelner Destinatäre) beziehungsweise bei Alter, Tod und Invalidität ausrichten können. «Die Zahl der Wohlfahrtsfonds nahm aufgrund komplexer Bestimmungen ab. Das ist schade, da sie viel Gutes leisten. Mit meinem Vorstoss will ich den Wohlfahrtsfonds mehr Flexibilität ermöglichen.» Die Wohlfahrtsfonds sind von den Arbeitgebern finanziert und können den Sozialstaat entlasten. Dafür benötigen sie jedoch einen gewissen Spielraum.

Die parlamentarische Initiative von Daniela Schneeberger, die auch den Verband patronfonds präsidiert, ist daher auch eine freisinnige Forderung: «Weniger Administration und Eigenverantwortung der Unternehmen sind klassische liberale



Daniela Schneeberger setzt sich für Wohlfahrtsfonds ein.

Anliegen.» Sowohl in der Sozial- und Gesundheitskommission des Nationalrats wie auch in jener des Ständerats erhielt das Begehren für die Wohlfahrtsfonds Zustimmung. Die Baselbieter Nationalrätin ist zuversichtlich, dass dies auch in der Ratsdebatte so sein wird: «In der Kommission gab es einige wenige Bedenken punkto Missbrauchsgefahr. Grundsätzlich war aber kein Widerstand zu spüren.» Bei einer Annahme der parlamentarischen Initiative hofft Schneeberger, dass die Verantwortlichen der Wohlfahrtsfonds die neuen Möglichkeiten nutzen und ihre Leistungen ohne bürokratische Einschränkungen dem Zeitgeist anpassen können.

Marco Wölfli

Nicole Loeb, Delegierte des Verwaltungsrats der Loeb Holding.



Ein unbürokratisches Instrument

Der Wohlfahrtsfonds von Loeb

Weshalb verfügt das Warenhaus Loeb heute noch über einen Wohlfahrtsfonds? Unser Wohlfahrtsfonds kann den Destinatären in schwierigen Situationen Unterstützung bieten. Dies hat sich nach der Gründung 1947 bis heute nicht geändert. Unsere interne Sozialberatung verfügt somit über ein unbürokratisches Instrument, um rasch Hilfe zu bieten.

Welche Leistungen erbringt der Loeb-Wohlfahrtsfonds? Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Wir konnten in den vergangenen zwei Lockdowns die Kurzarbeitsentschädigung von 80 Prozent auf 100 Prozent ausfinanzieren. Häufige Leistungen sind aber auch Unterstützungen bei Notlagen, Härtefällen (wie zum Beispiel die Bezahlung von Zahnarztrechnungen). Es können auch Überbrü-

ckungsrenten bei Frühpensionierungen mitfinanziert werden.

Welche Herausforderungen stellen sich dem Loeb-Wohlfahrtsfonds? Wir haben bis zur ZGB-Revision von 2016 eine zunehmende Bürokratisierung festgestellt. Das hat zum einen den Verwaltungsaufwand erhöht und zum anderen dafür gesorgt, dass auf unkonventionellere Hilfeleistungen verzichtet wird, um keine aufwendigen Diskussionen mit der Aufsichtsbehörde zu riskieren. Das ist aber nicht Sinn der Sache und Folge einer latenten Rechtsunsicherheit. Zudem ist das Korsett für Leistungen von Wohlfahrtsfonds noch immer sehr eng.

Wie kann der Loeb-Wohlfahrtsfonds seine Aufgabe in Zukunft erfüllen? Wir haben im Vergleich zu früher andere Herausforderungen im heutigen Arbeitsumfeld und in der sozialen Vorsorge. Es ist darum denkbar, dass der Loeb-Wohlfahrtsfonds mehr im Bereich Reduktion der Gesundheitskosten oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen wird. Die vor kurzem angestossene politische Diskussion kann dafür sorgen, dass dies auch möglich wird. Der Zweck von Wohlfahrtsfonds sollte besser auf die heutigen Gegebenheiten abgestimmt werden. So würden wir unseren Fonds auch wieder öffnen und auch andere würden vermutlich wieder mehr Sinn darin sehen, auf dieses sozialverantwortliche Instrument zu setzen.

Interview: Marco Wölfli

Neuer Generalsekretär der FDP

Jon Fanzun ist gestartet

Seit dem 1. Januar 2022 ist Jon Fanzun neuer Generalsekretär der FDP. Die Liberalen Schweiz. Die Parteipräsidentenkonferenz wählte ihn einstimmig zum Nachfolger von Fanny Noghero. Die Partei dankt Fanny Noghero für ihr grosses Engagement und ihren Einsatz zugunsten der FDP.

Die Parteipräsidentenkonferenz (PPK) der FDP. Die Liberalen hat Jon Fanzun einstimmig zum neuen Generalsekretär der FDP Schweiz gewählt. Er folgt auf Fanny Noghero, die ihr Amt nach dem Rücktritt von Petra Gössi niederlegt. Die Partei dankt Fanny Noghero für ihren unermüdlichen Einsatz für die FDP und die liberalen Werte und wünscht ihr für ihre weitere berufliche Laufbahn alles Gute.

Vom EDA zur FDP

Der 51-jährige Engadiner verfügt über 20 Jahre Erfahrung in der nationalen und internationalen

Politik und ist auch mit der FDP bestens vertraut. Zwischen 2005 und 2009 war Jon Fanzun bereits als politischer Sekretär und Fraktionssekretär für die FDP Schweiz tätig. Ausserdem war Jon Fanzun persönlicher Mitarbeiter von Didier Burkhalter und Ignazio Cassis. Seit drei Jahren ist er Sondergesandter für Cyber-Diplomatie im EDA. Der neue Generalsekretär spricht alle vier Landessprachen fließend und repräsentiert damit die FDP, die in allen Regionen verankert ist, optimal.

Lob vom Parteipräsident

«Ich danke allen Parteigremien und insbesondere der PPK für das Vertrauen, das sie mir entgegenbringen, und freue mich auf die neue Herausforderung. Zusammen mit dem neuen Präsidium, dem Generalsekretariat und der ganzen Partei werde ich mich mit aller Kraft für die FDP und die liberalen Werte, die sie verkörpert, einsetzen.» Parteipräsident



Jon Fanzun führt das FDP-Generalsekretariat.

Thierry Burkart freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Generalsekretär:

«Jon Fanzun bringt alles mit, was es für diese Aufgabe braucht, und verfügt über einen hervorragenden Leistungsausweis. Ich bin überzeugt, dass er dem Generalsekretariat und der Partei wertvolle Impulse verleiht.»

Interview

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungskämpfe absolviert.
Foto: EJPD / Gaetan Bally



«Bilateraler Weg wurde vom Volk zuletzt zwei Mal bestätigt»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

Seit ihrem Amtsantritt 2019 hat Bundesrätin Karin Keller-Sutter neun Abstimmungsvorlagen vertreten. Ihren Prioritäten «Sicherheit» und «Arbeitsplätze» bleibt sie treu. Mit der Digitalisierung setzt die EJPD-Vorsteherin einen neuen Schwerpunkt.

Bundesrätin Keller-Sutter, Sie sind jetzt seit drei Jahren im Amt. Was hat diese Zeit für Sie gekennzeichnet? Ich habe sehr viel gearbeitet. Für den Bundesrat habe ich neun Vorlagen in der Volksabstimmung vertreten. Dazu gehörten Fragen, die für den Standort Schweiz entscheidend waren, wie zum Beispiel die Begrenzungsinitiative. Im gleichen Zeitraum habe ich über 50 Vorlagen im Parlament vertreten. Einige davon waren bei meinem Amtsantritt blockiert oder auf der Kippe, so zum Beispiel das Aktienrecht oder das Datenschutzgesetz.

Sie mussten neun Vorlagen in der Volksabstimmung vertreten. Wie ist das überhaupt möglich neben der «normalen» Arbeit als Bundesrätin? Das war zuweilen eine Herausforderung, da ich auch in der Departementsführung und in der Kommissionsarbeit stark gefordert war. Zudem wollte und will ich mich auch im Bundesrat einbringen und mitgestalten. Und dann ist da ja noch Corona. Das EJPD hat mit seinem Bundesamt für Justiz hier eine wichtige Rolle gespielt. So musste zum Beispiel sichergestellt werden, dass Unternehmen ihre Generalversammlungen digital rechtsgenügend abhalten konnten.

Mit dem Referendum gegen das Waffengesetz wurde ein zweiter Pfeiler der bilateralen Beziehungen in Frage gestellt: die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Schengen-Raum. Es ist tatsächlich so: Die Begrenzungsinitiative hat die Bilateralen I in Frage gestellt, das Referendum gegen die Waffenrichtlinie die Bilateralen II mit Schengen/Dublin. Die Zusammenarbeit im Schengenraum ist für die Sicherheit der Schweiz zentral. Ich nehme deshalb auch regelmässig an den Innenministertreffen der EU teil und bringe dort die Position der Schweiz ein.

Eine wichtige Vorlage für den Standort Schweiz war der Gegenvorschlag gegen die Konzernverantwortungsinitiative. War das der schwierigste Kampf? Einfach war es nicht, auch was den Ton der Kampagne angeht. Aber der pragmatische und international abgestimmte Gegenvorschlag kam erfreulicherweise durch. Die so genannte Konzernverantwortungsinitiative ging viel zu weit, sie wollte eine international einmalige Haftungsnorm für Unternehmen.

Gab es auch wichtige sicherheitspolitische Vorlagen? Im Juni 2021 sagte die Stimmbevölkerung klar Ja zu den neuen polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Im letzten Dezember hat das Parlament mit der Änderung des DNA-Profilgesetzes die sogenannte Phänotypisierung gutgeheissen. Zusammen mit der Weiterführung der Schengen-Zusammenarbeit sind das wichtige Bausteine für die Sicherheit in unserem Land.

Anderes sicherheitspolitisches Thema: Die Bekämpfung der häuslichen Gewalt ist Ihnen auch ein Anliegen. Was haben Sie vor? Die Bekämpfung der häuslichen und sexuellen Gewalt gehört seit jeher zu meinen politischen Prioritäten. Im letzten Frühling habe ich einen strategischen Dialog mit Bund, Kantonen und privaten Akteuren lanciert. Mit einer Roadmap haben sich Bund und Kantone verpflichtet, alles Notwendige zu unternehmen. Sie müssen die Massnahmen in ihrem Bereich nun umsetzen.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Landes wird auf dem Weg aus der Pandemie sehr wichtig sein. Wo sehen Sie Handlungsbedarf? Am 13. Februar stimmen wir über die Abschaffung der Emissionsabgabe ab. Ein altes liberales Anliegen, das die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken würde. Ein weiteres wichtiges Thema ist der Fachkräftemangel. Hier möchte ich die Zulassung von ausländischen Fachkräften entbürokratisieren. Zentral ist auch die Digitalisierung. Dazu gibt es in meinem Departement verschiedene Projekte, zum Beispiel die Neuaufnahme der E-ID oder auch die digitale Unternehmensgründung.



Erste internationale Partei der Schweiz wird 30

FDP International feiert runden Geburtstag

Pünktlich mit dem Stimm- und Wahlrecht für Auslandschweizer/innen wurde auch die FDP International gegründet. Seit 30 Jahren ist die Sektion ein wichtiger Teil der FDP-Familie und setzt sich für liberale Schweizerinnen und Schweizer im Ausland ein.

Wussten Sie, dass das Stimm- und Wahlrecht für Auslandschweizer/innen und die FDP International den gleichen Vater haben? 1986 reichte Nationalrat Georg Stucky eine Motion ein, welche das Stimm- und Wahlrecht für alle forderte. Es brauchte viel Geduld und Hartnäckigkeit, bis es Mitte 1992 endlich so weit war. Gleichzeitig gründete er die FDP International als Sektion der FDP für liberal denkende Schweizerinnen und Schweizer im Ausland.

Der liberalen 5. Schweiz eine Stimme geben

Sobald sie das Stimmrecht ausüben konnten, war es für die FDP als Regierungspartei nur logisch, die Beziehungen zu den liberal gesinnten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im Ausland zu intensivieren. Von Anfang an ging es darum, einerseits das liberale Gedankengut unter den Schweizerinnen und Schweizern im Ausland zu verbreiten und andererseits der liberalen fünften Schweiz als wichtige politische Kraft die für die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts notwen-

gen Hintergrundinformationen zur Verfügung zu stellen.

Der Auslandschweizer-Preis

Von 2002 bis 2009 verlieh die FDP International jeweils anlässlich des Auslandschweizer-Kongresses den Auslandschweizer-Preis. Eine Jury bestimmte, welche Person der Auslandschweizer-Gemeinde aufgrund ihres besonderen Beitrags zur Ausstrahlung der Schweiz im Ausland die Ehrenbezeichnung «Auslandschweizer des Jahres» verdiente. Dass die FDP International diesen Preis ausrichtete, entsprach den Werten, für welche die Partei einsteht: Mobilität, Weltoffenheit und Förderung des Ansehens der Schweiz in der Welt.

Engagement für Mobilität und bilaterale Abkommen

Die EU ist der wichtigste Partner der Schweiz. Ihre Mitgliedstaaten beheimaten auch 60 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland.



Helen Freiermuth präsidiert die FDP International seit 2020.

Deshalb setzt sich die FDP International seit Jahren für gute Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ein, insbesondere im Rahmen verschiedener Volksabstimmungen. Dieses Engagement führte auch dazu, dass die FDP Schweiz der FDP International das Mandat zur Pflege der internationalen Parteibeziehungen (ALDE, Liberals International) bis auf weiteres übertrug.

Sprachrohr für die 5. Schweiz

Zurzeit haben wir Mitglieder in 29 Ländern, davon lebt nur gerade ein Viertel in der EU. Für den aktuellen Vorstand ist es denn auch zentral, dass wir nebst Europathemen auch die generellen Anliegen der Auslandschweizer/innen im Fokus haben – Ausübung der politischen Rechte, Zugang zu Schweizer Banken, Sozialversicherungen, um nur die drängendsten zu nennen. In den letzten eineinhalb Jahren haben wir den direkten Austausch mit und unter den Mitgliedern stark gefördert und daraus viele wertvolle Inputs gewonnen, auch zur Aussensicht auf die Schweiz, die wir noch vermehrt in die FDP Schweiz einbringen wollen.

Im Namen des Vorstands danke ich an dieser Stelle für die Unterstützung und Wertschätzung, die wir vom Generalsekretariat und dem Präsidium der FDP Schweiz als vollwertiges Mitglied der FDP-Familie erfahren. Auf gute Zusammenarbeit während der nächsten 30 Jahre – zugunsten von Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt!

Helen Freiermuth, Präsidentin FDP International

In der Gesellschaftspolitik hat die Schweiz noch Potenzial. Foto: Radikal



Mehr Fortschritt wagen

Gesellschaftspolitischer Vergleich Deutschland-Schweiz

«Mehr Fortschritt wagen» – unter diesem Motto steht der Koalitionsvertrag des deutschen Regierungsbündnisses, bestehend aus FDP, SPD und den Grünen. Drei gesellschaftsliberale Forderungen wurden massgeblich von den Freien Demokraten geprägt, nämlich die Anpassung der Blutspende-Zulassungskriterien, die originäre Mutterschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren und die Verantwortungsgemeinschaft. Auch bei uns in der Schweiz wird fortschrittliche Politik von der FDP. Die Liberalen geprägt, weshalb sich ein Blick auf die Forderungen unserer Nachbarn im Kontext der Schweiz lohnt.

Blutspenden werden täglich benötigt und retten Leben. Blut scheint ein rares Gut zu sein – denn bei sechs von acht Blutgruppen ist der Blutvorrat kritisch. Spender unterstehen zur Gewährleistung der Sicherheit der Empfänger strengen Zulassungskriterien. Aktuell gilt für homo- und bisexuelle Männer zwölf Monate Enthaltensamkeit als zwingendes Zulassungskriterium. Anders ist dies für Frauen und heterosexuelle Männer, bei ihnen sind die Kriterien weniger streng. Die deutsche FDP konnte im Koalitionsvertrag ihre Forderung geltend machen, dass bei der Zulassung für Blutspender die Kriterien des sexuellen Kontaktes unabhängig vom Geschlecht gelten. Eine Ausweitung des Spenderpools und die Aufhebung des faktischen Spendeverbots für Männer in gleichgeschlechtlichen Beziehungen könnte einen wertvollen Beitrag dazu leisten, genügend Blutreserven bereitzustellen.

Elternschaft

Aufgrund des Ja zur «Ehe für alle» wird die Familiengründung für zwei Frauen vereinfacht. Wird eine Frau in einer gleichgeschlechtlichen Ehe aufgrund einer Schweizer Samenspende Mutter, werden beide Ehefrauen als Eltern eingetragen. Bei einer Mutterschaft ohne Schweizer Samenbank jedoch muss das Paar das Verfahren der Stiefkindadoption durchlaufen, um beide Frauen als Eltern einzutragen. Wird eine verheiratete Frau Mutter, so gehen die Behörden in der Schweiz davon aus, dass der Ehemann der Vater ist. Die deutsche FDP konnte ihre Forderung geltend machen, dass dies bei gleichgeschlechtlichen Paaren gleichermassen gehandhabt wird. Wird ein Kind in eine Ehe von zwei Frauen geboren, werden beide als Eltern anerkannt. Diese Anpassung verringert die staatliche Einmischung, da der Schwangerschaftshergang

Privatsache bleibt. Aktuell ist in der Schweiz aber keine entsprechende Anpassung des Abstammungsrechts vorgesehen.

Verantwortungsgemeinschaft

Während in der Schweiz im Laufe dieses Jahres die eingetragene Partnerschaft durch die Ehe abgelöst wird, gibt es im Ausland mit dem französischen Solidaritätspakt (Pacs) oder dem schwedischen «Sambo» alternative Rechtsformen zur gegenseitigen Absicherung. Auch die deutsche FDP fordert die Verantwortungsgemeinschaft, welche in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Diese Rechtsform adressiert nicht nur Liebespaare, sondern auch Nachbarn und Freunde, welche in gegenseitiger Verantwortung und Fürsorge stehen. Belange der Kinder, des Namensrechts und der Aufenthaltsbewilligung bleiben davon unberührt. Der Grundgedanke dabei ist, dass die privat organisierte Absicherung aus liberaler Sicht besser ist als die staatliche Absicherung. Ein «Pacs» nach Schweizer Art wurde bereits 2015 in einem Postulat von Ständerat Andrea Caroni gefordert. Dies zeigt, dass gesellschaftsliberale Ideen auch in der Schweiz heiss diskutiert werden. Die FDP als Partei des Fortschritts hat hier die Chance, diese massgeblich voranzutreiben und mitzugestalten.

Jill Nussbaumer

Kommunikation RADIGAL und Kantonsrätin ZG

Die Einführung der Individualbesteuerung würde zahlreiche Vorteile bringen.



Weichen für die Zukunft stellen

Libérale Ideen für die Altersvorsorge und das Steuersystem

2022 hält für uns spannende Projekte bereit. Mit den AHV/BVG-Revisionen und unserem Leuchtturmprojekt, der eidgenössischen Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung, haben wir FDP Frauen die Möglichkeit, einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Altersvorsorge und für mehr Gleichstellung zu leisten.

Der Kampf um die AHV- und die BVG-Reformen hat bereits zum Ende des Jahres 2021 für intensive und bisweilen fragwürdige Debatten geführt. Insbesondere die Behauptung der Linke, sie kämpfe im Namen aller Frauen gegen die Reformen, muss für uns ein Weckruf sein. Als freisinnige Frauen müssen wir uns hier klar positionieren, denn viele Frauen sehen es ganz anders: Sie wollen nicht, dass die AHV in ihrem Namen an die Wand gefahren wird. Eine Angleichung des Rentenalters auf 65/65 ist wichtig und richtig. Zudem werden mit dem jetzigen Vorschlag Frauenrenten mit abgestuften Zuschlägen aufgebessert, was die finanziellen Folgen für die Übergangsgeneration abfedert. Um die Altersvorsorge nachhaltig zu sichern, werden wir um zusätzliche tiefgreifende Reformen nicht herum-

kommen. Die Initiative der Jungfreisinnigen weist diesbezüglich den Weg.

Arbeitsanreize schaffen – Wohlstand sichern

Weiterhin beschäftigen wird uns im neuen Jahr das Thema Fachkräftemangel. Neueste Berichte rechnen damit, dass in den nächsten Jahren rund 350 000 Fachkräfte fehlen werden – und dies in diversen Branchen. Das gefährdet auch unseren Wohlstand. Es ist deshalb von enormer Wichtigkeit, dass wir das inländische Fachkräftepotenzial besser nutzen. Das ist eines der Ziele, welche wir mit unserer Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung anstreben. Es darf nicht sein, dass Ehepaare für den Zweitverdienst bestraft und Erwerbsarbeit somit unattraktiv gemacht wird. Gera-



«Es darf nicht sein, dass Ehepaare für den Zweitverdienst bestraft und Erwerbsarbeit somit unattraktiv gemacht wird.»

Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin SG

de gut ausgebildete Frauen bleiben heute oft zu Hause oder arbeiten nur tiefprozentig, was ihnen Karrierechancen verbaut. Es ist deshalb auch für die verbesserte Gleichstellung von Mann und Frau wichtig, dass die Schweiz endlich ein modernes Steuersystem erhält.

Gemeinsam weiterkommen – auch im neuen Jahr

Sie sehen, es bleibt auch weiterhin viel zu tun. Das Politjahr 2022 bietet uns Freisinnigen die Möglichkeit, uns zu positionieren und uns weiterhin für den Fortschritt und den Gemeinssinn in der Schweiz einzusetzen. Auch im Hinblick auf die Wahlen im Herbst 2023 ist dieses Jahr entscheidend. Stellen wir gemeinsam die Weichen – für pragmatische Sachpolitik statt ideologisch gefärbte Verweigerungstaktiken. Ich freue mich darauf, dies gemeinsam mit Ihnen zu tun. Unterschreiben Sie deshalb noch heute die eidgenössische Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung unter: www.individualbesteuerung.ch – Vielen Dank!

Susanne Vincenz-Stauffacher
Präsidentin FDP Frauen Schweiz
und Nationalrätin SG

Die letzte Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen fand in Zürich statt. Fotos: JFS



Erschwerte Unterschriftensammlung

Zahlreiche Jungfreisinnige waren auf der Strasse unterwegs

An ihrer Delegiertenversammlung vom 27. November 2021 haben die Jungfreisinnigen Schweiz (JFS) die Parolen zu den letzten zwei von vier nationalen Vorlagen, über die am 13. Februar 2022 abgestimmt wird, gefasst. Gastgeber der Delegiertenversammlung war die Swiss Re am Mythenquai in Zürich. Weiter brachte das Referendum gegen das neue Filmgesetz («Lex Netflix») unzählige Jungfreisinnige auf die Strassen.

Die Tabakwerbeverbotsinitiative kommt einem Totalverbot von Tabakwerbung gleich. Es geht nicht an, dass legale Produkte nicht mehr beworben werden dürfen. Mit einem Tabakwerbeverbot wird ein Präzedenzfall geschaffen. Verbote dieser Art können in Zukunft die Fleisch- oder Flugwerbung betreffen. Generell ist die Tabakwerbung kein Treiber für den jugendlichen Tabakkonsum.



Klares Ja zum Stempelsteuergesetz.

Die Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative führt ihrerseits zu einer massiv schlechteren Gesundheitsversorgung in der Schweiz. Sie ist verheerend für die Schweizer Forschung und deren Innovationen. Der Schweizer Forschungs- und Ausbildungsstandort droht ins Ausland verlagert zu werden.

Nein zum Medienpaket und Ja zur Abschaffung der Stempelabgabe

Zu den weiteren zwei Abstimmungsvorlagen haben die JFS ihre Parolen bereits zu einem früheren Zeitpunkt gefasst. Das geplante Massnahmenpaket zugunsten der Medien ist nicht nur Gift für die Meinungsfreiheit und die Meinungsvielfalt in der Schweiz, sondern unterminiert auch die Stellung der Medien als vierte Gewalt im Staate. Hinzu kommt, dass für solche Subventionen keine hinreichende Verfassungsgrundlage besteht, namentlich nicht für Onlinemedien.

Bezüglich der Emissionsabgabe auf Eigenkapital sind sich die JFS einig, dass es sich um einen alten Zopf handelt, der die gesamte schweizerische Volks-

wirtschaft unnötig bremst. Durch die Abschaffung der Emissionsabgabe werden wichtige Anreize und Impulse für zusätzliche Investitionen in und durch hiesige Unternehmen geschaffen. Im Übrigen beklagen die JFS, dass das Parlament die Teilabschaffung der Umsatzabgaben auf inländischen Wertschriften und auf ausländischen Obligationen wegen Drohgebärden seitens Rot-Grün und der Gewerkschaften nicht umgesetzt hat.

«Lex Netflix»: Omikron erschwert Unterschriftensammlung

Nach einem fulminanten Start im Oktober und von einer äusserst breiten Medienpräsenz begleitet, sahen sich das Komitee «Filmsteuer Nein» rund um die Jungfreisinnigen, die Junge SVP und die Junge GLP mit unausweichlichen Herausforderungen konfrontiert: Die Omikron-Variante rollt über die Schweiz und zwang etliche Mitglieder, zu Hause zu bleiben. Zur Eindämmung der Pandemie beschloss der Bundesrat kurz vor Weihnachten erneut eine Homeoffice-Pflicht sowie weitere Massnahmen. Für die Sammlung sind diese vernichtend. Den widrigen Umständen zum Trotz haben sich Hunderte JFS-Mitglieder in der ganzen Schweiz so gut es geht auf die Strassen begeben und bei Minustemperaturen Unterschriften gegen das neue Filmgesetz gesammelt. Das Engagement wird sich hoffentlich auszahlen. Unter Vorbehalt des Zustandekommens kommt die Vorlage im Frühling vors Volk.

Sven Gaberthüel
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

Claude Meier ist Direktor von HotellerieSuisse und kandidiert für den Grossen Rat des Kantons Bern.



Tourismuswirtschaft – Aus der Krise in die Zukunft

Gefragt sind Innovation und gute Rahmenbedingungen

Februar ist normalerweise Hochsaisonzeit im Schweizer Wintersport-Tourismus. Die entsprechende positive Stimmung ist aber getrübt. Nicht nur in den Bergen, sondern noch viel mehr in den Schweizer Städten. Die Pandemie macht auch im Jahr drei dem Tourismus schwer zu schaffen.

Der Schweizer Tourismus ist ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Volkswirtschaft. Im Jahr 2019 betrug die Bruttowertschöpfung des Schweizer Tourismus rund 19,5 Mrd. Franken. Dies entspricht 2,8 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung der Schweiz. Die Tourismuswirtschaft ermöglicht in den Schweizer Städten, auf dem Land wie in den Bergen wichtige Arbeitsplätze. Allein das Gastgewerbe beschäftigt rund 240 000 Mitarbeitende.

Krise trifft Tourismus hart

Der Tourismus zählt zu denjenigen Sektoren, welche am härtesten von den wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie betroffen sind. Im Jahr 2019 konnten noch rund 40 Millionen Logiernächte in der Schweizer Hotellerie verbucht werden, im Jahr 2020 dann ein massiver Rückgang von 40 Prozent. Auch für das Jahr 2021 ist ein Rückgang von gegen 30 Prozent im Vergleich zum Vorkrisenjahr auszuweisen. Für viele Arbeitgebende wie Arbeitnehmende sind dies ökonomisch wie emotional sehr herausfordernde Zeiten.

Unternehmerisch sich anpassen

Der gesamtgesellschaftliche Digitalisierungsschub der vergangenen zwei Jahre wird den Business-Tourismus nachhaltig verändern. In der internationalen Geschäftswelt wird in Zukunft nicht mehr für jedes mögliche Meeting von London nach Genf oder von Paris nach Zürich gereist. Macht auch ökologisch völlig Sinn. Zudem werden gemäss gemachten Homeoffice-Erfahrungen Berufswelt und Freizeit bei vielen künftigen Gästen weiter enger verschmelzen. Die Tourismusunternehmen stellen sich diesen neuen Gästebedürfnissen und passen sich an. Mit Innovationsgeist und Qualität, der merklich höheren Integration von Technologie und Nutzung von digitalen Möglichkeiten, klaren unternehmerischen Positionierungen im Markt und mit deutlich höheren Standards bezüglich der Nachhaltigkeit.

Auch die Politik ist gefordert

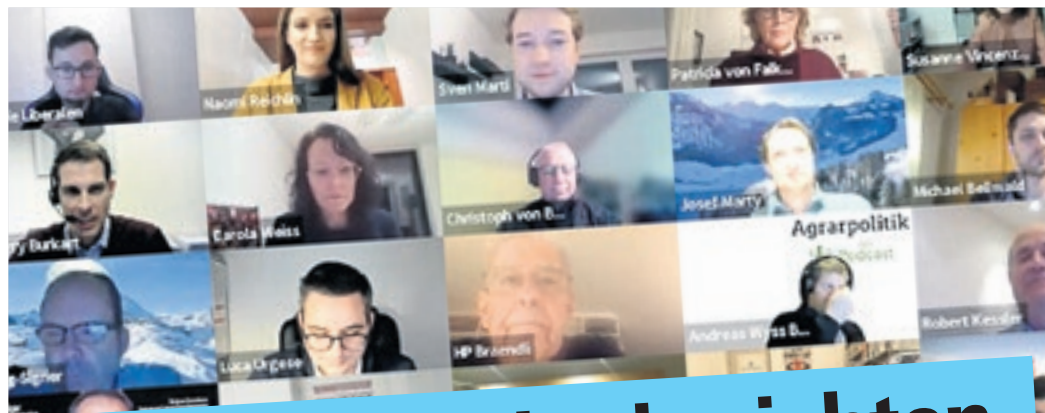
Solange die öffentliche Hand aufgrund der Pandemie staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit mittels Quarantänen, Einreisehindernissen, Schutzkonzept-

Vorgaben und einigen mehr vornimmt, sind die darunter leidenden Unternehmen über Härtefallgelder zu unterstützen. Mittel- bis langfristig braucht es weiter eine Politik, welche Tourismus – gerade in den Städten – nicht abwürgt oder behindert, sondern zulässt und fördert. Mit der Annahme des Zweitwohnungsgesetzes und den damit verbundenen wirtschaftlichen Einschränkungen braucht es im Interesse des Bergtourismus die nötige Unterstützung, um den Strukturwandel in den Bergregionen zu fördern und nicht weiter zu bremsen. Als standortgebundene Exportwirtschaft und personalintensiver Wirtschaftssektor sind wir darauf angewiesen, dass der Faktor Arbeit nicht ständig durch Steuern und Abgaben weiter belastet wird. Um das inländische Fachkräftepotenzial für den Tourismus besser auszuschöpfen, sind weitere Investitionen und Anreize zur Förderung für das lebenslange Lernen gerade im Bereich der Basisqualifikationen und der beruflichen Grundbildung nötig. Es gilt jetzt, die Chancen zu erkennen und das Tourismusland Schweiz auf die Zeit nach der Krise vorzubereiten.

Claude Meier
Direktor HotellerieSuisse
und FDP-Grossratskandidat Stadt Bern
www.meier-claude.ch

Digitaler Sessionsrückblick

Grosses Interesse am letzten digitalen Sessionsrückblick im Dezember.



Parlamentarier berichten aus Bundesbern

Persönlicher Austausch nach jeder Session

Im letzten Jahr wurde der digitale Sessionsrückblick lanciert. Dieser fand viel Zuspruch und wird daher auch im neuen Jahr regelmässig durchgeführt.

Beim digitalen Sessionsrückblick wird gemeinsam die jeweilig vergangene Session resümiert. So beispielsweise beim letzten Treffen am 20. Dezember 2021, an dem Parteipräsident Thierry Burkart und die neue Nationalrätin Patricia von Falkenstein ihre Erlebnisse zum Besten gaben. Ebenfalls dazu gehört ein thematischer Schwerpunkt, bei wel-

chem Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher die Initiative zur Individualbesteuerung vorgestellt hat.

Fragerunde und Diskussion

Einen besonderen Fokus erhalten dabei die offene Fragerunde und die gemeinsame Diskussion. Da-

bei wird versucht, auf so viele Inputs der Teilnehmenden einzugehen wie möglich. Die anwesenden Parlamentarier und Gäste freuen sich über jede Frage und geben gerne diverse Anekdoten aus dem Sessionsalltag preis.

Verpassen Sie daher den nächsten digitalen Sessionsrückblick auf keinen Fall. Dieser findet immer am Montag nach der Session, von 18 bis 19 Uhr, statt. Tragen Sie sich jetzt in den Newsletter ein, um über künftige Treffen stets informiert zu bleiben. Scannen Sie dazu den QR-Code mit Ihrem Smartphone.

Philipp Gasser

Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner

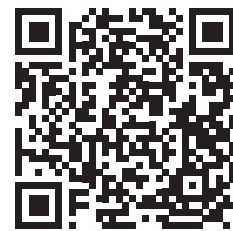
Digitale Sessionsrückblicke im Jahr 2022

Montag, 21. März

Montag, 20. Juni

Montag, 3. Oktober

Montag, 12. Dezember



FDP
Die Liberalen

Wollen wir ein Nanny-Staat?

**NEIN zur
Tabakwerbe-
verbot-Initiative**

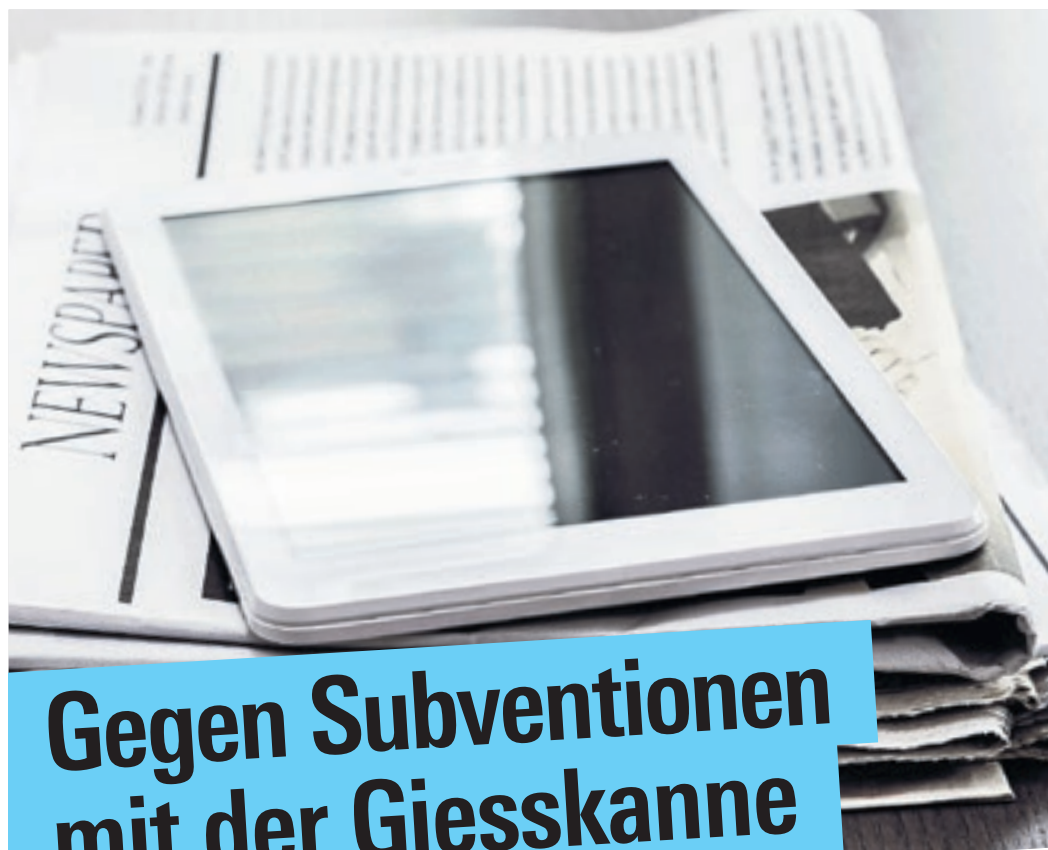
am 13. Februar 2022



**MEDIENGESETZ
NEIN
AM 13. FEBRUAR**

**Nein zu
unnötigen
Subventionen**

Sowohl digitale wie auch gedruckte Medien würden in den Genuss üppiger Fördergelder kommen.
Foto: iStock/seb_ra



Gegen Subventionen mit der Giesskanne

Nein zum Mediengesetz

Das Medienpaket, das vom Parlament verabschiedet wurde, ist eine gravierende Fehlkonstruktion. Die überbordenden Subventionen für die Medien erschweren der Branche ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat und hemmen Innovationen.

Die indirekte Medienförderung wie zum Beispiel die ermässigte Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften sowie das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) wurden von der FDP stets unterstützt. Bei der jetzigen Vorlage wurde jedoch völlig übers Ziel hinausgeschossen und ein verheerendes Mediengesetz gezimmert. Statt den privaten Medien mehr Raum zu geben, sollen alle Mediengattungen einfach reichlich mit Geld überschüttet werden. In der indirekten Förderung sind 120 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen. Diese Giesskannen-Subventionen für die sogenannte vierte Gewalt sind störend. Wenn Medien sich an den Staatstropf hängen wollen, verlieren sie ihre Unabhängigkeit.

Gut situierte Verlagshäuser

Doch warum der Ruf nach Staatsgeldern? Angesichts der soliden Ergebnisse der Medienhäuser eine Frage, die sich nicht beantworten lässt. Trotz Corona-Pandemie schreiben alle Medienhäuser

äusserst solide Zahlen. Es gibt keinen Grund für Staatsgelder. Selbst die Nachrichtenagentur SDA ist finanziell stark unterwegs. Zwar resultiert im Geschäftsjahr 2020 ein Verlust von 1,62 Mio. Franken, doch in den drei Vorjahren wurde ein Gewinn von insgesamt 6,43 Mio. Franken erzielt. Erst kürzlich im Jahr 2018 nach der Fusion mit Keystone liessen sich die Aktionäre (Medienhäuser) eine satte Sonderdividende von 12 Mio. Franken auszahlen. Um die SRG muss man sich sowieso nicht sorgen. Diese kriegt unabhängig vom Mediengesetz weiterhin 1,2 Mrd. Franken. Hinzu kommen 180 Mio. Franken aus Sponsoring und Werbung.

Geldschwemme für Online-Medien

Grotesk mutet die neue Medienzüchtung im Bereich der Onlinemedien an. Es ist im Gesetz vorgesehen, dass ein solches Medium für jeden Franken Umsatz bis zu 60 Rappen gleich noch aus der Staatskasse dazu erhält, insgesamt 30 Mio. Fran-



«Beissen die Medien noch die Hand, die sie füttert? Wohl kaum.»

Christian Wasserfallen
Nationalrat BE

ken pro Jahr. Waren Onlinemedien bis jetzt ohne Staatsgelder etwa nicht überlebensfähig? Das ist brandgefährlich und führt in unumkehrbare Abhängigkeiten vom Staat.

Fast hilflos, wenn nicht sogar rückwärtsgewandt mutet die Dauer der Gesetzgebung an. Bis diese in Kraft gesetzt und die Gültigkeitsdauer von sieben Jahren vorbei ist, schreiben wir bald das Jahr 2030. Der Bundesgesetzgeber definiert im äusserst dynamischen Umfeld also eine fixe Medienwelt bis Ende des Jahrzehnts. Darüber kann man nur den Kopf schütteln, wenn man in Betracht zieht, dass erst 2007 zum Beispiel das erste iPhone auf den Markt kam und die ganze Medienwelt völlig umkrempelte. Was ist in fünf Jahren oder gar 2030? Niemand weiss es genau. Fakt ist, dass dieses starre Gesetz mit dem medialen Wandel niemals Schritt halten kann. Es droht ein Stillstand. Fakt ist aber auch, dass in der Schweiz eine einmal eingeführte Subvention nie mehr abgeschafft wird. Deshalb ist ein Nein zum missratenen und rückwärtsgewandten Mediengesetz zentral für das Funktionieren der vierten Gewalt im Staat. Nur unabhängige Medien beissen zu. Manchmal schmerzt das auch mich. Das ist gut so.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE



Unternehmertum jetzt stärken

**Ja zur Abschaffung der Emissionsabgabe
auf Eigenkapital**

Mit einem Ja am 13. Februar kann die Schweiz eine längst überholte Steuer endlich abschaffen und gleichzeitig KMU, Start-ups und weitere Unternehmen in der aktuell schwierigen Lage stärken. Die FDP forderte bereits vor über zehn Jahren die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuern. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern.

Praktisch alle Unternehmen, vom Start-up über KMU bis zu Grossfirmen, erhöhen im Laufe ihrer Tätigkeit ihr Eigenkapital. Tun sie dies, müssen die Unternehmen eine Emissionsabgabe in der Höhe von 1 Prozent auf die Eigenkapitalerhöhung bezahlen. Dieselbe Steuer wird fällig, wenn Unternehmen gegründet werden und Eigenkapital benötigt wird. Die Emissionsabgabe, eine von drei in der Schweiz existierenden Stempelabgaben, ist ein Relikt. Sie wurde 1917 zur Deckung der Mobilisationskosten eingeführt und passt nicht mehr ins Steuersystem des 21. Jahrhunderts. Vergleichbare Abgaben, die es in wenigen anderen europäischen Ländern noch gibt, funktionieren nach anderen Prinzipien. Sie beschränken die negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Einzig die Schweiz erhebt eine Emissionsabgabe auf Eigenkapital.

Eigenkapital macht widerstandsfähig

Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schwei-

zer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern. Die Emissionsabgabe auf Fremdkapital wurde bereits vor zehn Jahren abgeschafft. Somit besteht ein bedenkliches Ungleichgewicht zwischen Fremd- und Eigenfinanzierung. Wer sich verschuldet, wird belohnt. Wer auf Eigenfinanzierung setzt, wird mit einer Abgabe bestraft. Der Bundesrat hat wiederholt erklärt, dass er die Emissionsabgabe für standortschädlich und obsolet hält. Zudem sind Unternehmen mit gut bemessenem Eigenkapital gegenüber fremdfinanzierten Betrieben in einer Krise widerstandsfähiger.

KMU und Start-ups sind besonders betroffen

Die neusten Zahlen des Bundesrates zeigen, dass über 2000 Unternehmen eine Emissionsabgabe bezahlen, davon sind fast 90 Prozent KMU. Die Freigrenze für die Abgabe liegt bei 1 Mio. Franken. Diese Freigrenze gilt für das gesamte Kapital, das während der Lebensdauer eines Unternehmens eingebracht wird und nicht für jede Kapitalerhö-



hung neu. Demnach ist ein Unternehmen, das mit 500 000 Franken Kapital gegründet wird und in den Folgejahren das Eigenkapital erhöhen will, rasch steuerpflichtig. Das trifft viele KMU und Start-ups im ungünstigsten Moment. Für Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind, wiegt die Emissionsabgabe besonders schwer. Gerade in Krisenzeiten müssen Unternehmen ihr Eigenkapital erhöhen, um Verluste auszugleichen und Widerstandskraft aufzubauen. Grosse Schweizer Unternehmen können sich über ihre ausländischen Töchter im Ausland finanzieren – ohne Stempelsteuer! KMU und Start-ups, welche diese Möglichkeit nicht besitzen, werden hingegen für ihre unternehmerischen Tätigkeiten mit einer Abgabe bestraft.

Abschaffung ist eine Investition in den Werkplatz Schweiz

Ungemach droht auch durch die angekündigte Reform der OECD, die Mindeststeuern für Unternehmen vorsieht. Damit das Schweizer Erfolgsmodell weiterhin Bestand hat, müssen die Wettbewerbsfähigkeit und der Werkplatz gestärkt werden. Eine im Juli 2019 erschienene Studie von BAK Economics kommt zum Schluss, dass sich die Abschaffung der Emissionsabgabe, gekoppelt mit einer Reform der Verrechnungssteuer, auch für die Staatskasse ausbezahlen würde. Das BIP der Schweiz würde über zehn Jahre zusätzlich um rund 1,4 Prozent steigen. Das entspricht ungefähr 22 000 neuen Vollzeitstellen. Demgegenüber kostet die Emissionsabgabe die Unternehmen derzeit rund 250 Mio. Franken pro Jahr! Die Abschaffung dieser standortschädlichen, überholten Steuer ist daher eine Investition in Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Bundesrat, das Parlament sowie die freisinnige Fraktion unterstützen die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Mit Ihrem Ja am 13. Februar stärken Sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sowie den Schweizer Werkplatz.

Thierry Burkart, Ständerat AG

Die FDP kämpft gegen Werbeverbote.
Foto: iStock/vlado85rs



Am 13. Februar stimmen wir über die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» ab. Dass Kinder nicht rauchen sollen, ist unbestritten. Die Initiative ist jedoch überflüssig und extrem und darum klar abzulehnen.

Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» verlangt das Verbot jeder Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Faktisch bedeutet dies ein komplettes Werbeverbot, und zwar nicht nur für klassische Zigaretten oder Zigarren, sondern auch für neue Ersatzprodukte wie elektronische Zigaretten. Begründet wird dies damit, dass Jugendliche vor allem deshalb zu rauchen begännen, weil sie gezielt der Werbung ausgesetzt würden.

Jugendschutz bereits gewährleistet

Um es gleich vorwegzunehmen: Niemand ist dafür, dass Kinder und Jugendliche rauchen. Die schädlichen Auswirkungen des Rauchens sind umfassend dokumentiert, ebenfalls ist das Suchtpotenzial bekannt. Viele Erwachsene, die rauchen, taten dies bereits als Jugendliche. Gar nicht erst mit Rauchen zu beginnen, ist somit unbestrittenermassen sinnvoll. Das Parlament hat deshalb auch bereits Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen getroffen. Diese sind im neuen Tabakproduktegesetz enthalten, welches unabhängig von der Initiative in Kraft tritt. Es sieht ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an unter 18-Jährige vor und die Möglichkeit, zur Durchsetzung dieses Verbots Testkäufe durchzuführen. Ebenfalls verboten ist Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, sowie unter anderem in

Kinos, auf Plakaten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. In Radio und Fernsehen darf bereits heute nicht für Zigaretten geworben werden. Die Initiative ist also erstens überflüssig.

Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit

Zweitens und aus liberaler Sicht wohl fast bedeutender: Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen, denn sie stellen einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Zigaretten sind im freien Verkauf in jedem Kiosk, an jeder Tankstelle, in Restaurants etc. erhältlich. Es muss deshalb den Unternehmen, die diese produzieren, auch möglich sein, sie zu bewerben. Es geht nicht an, für ein Produkt, das aus Sicht gewisser Gruppen unerwünscht ist, faktisch die Kommunikation mit potenziellen Kunden zu verbieten. Da wäre es ehrlicher, gleich die Produktion und den Vertrieb und womöglich auch den Konsum eines solchen Produktes zu verbieten, letztlich wohl auch das, was die Initianten eigentlich bezwecken. Das Beispiel Tabakwerbeverbot scheint jedoch Schule zu machen. Bereits hört man Forderungen nach Werbeverböten für Fleisch. Die Tendenz, der Bevölkerung vorschreiben zu wollen, was sie essen, trinken, konsumieren darf (Stichworte «weniger Fett», «weniger Zucker»), zeigt sich vermehrt in Verboten von Marketingmassnahmen und nicht in direkten Produktver-



«Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen.»

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

boten. Auch diesem Vorgehen durch die Hintertür ist entschieden Einhalt zu gebieten.

Werbung schafft auch Arbeitsplätze

Drittens ist die Initiative wirtschaftsschädlich. Werbebeschränkungen treffen immer auch die Werbeindustrie. Sie treffen aber nicht zuletzt auch die Medien, die auf Einnahmen aus Inseraten angewiesen sind. Gerade hier zeigt sich, wie extrem die Initiative ist: Selbst in Zeitungen und Zeitschriften wie der NZZ oder der «Bilanz» oder auch auf den Websites dieser Medien wären Werbung für Tabakprodukte verboten, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Kinder sie sehen. Und schliesslich, auch wenn es nicht gerne gehört wird, die Tabakindustrie schafft auch in der Schweiz Arbeitsplätze. Diese scheint man zu dulden – ebenso wie man die Einnahmen aus der Tabaksteuer für die AHV gerne entgegennimmt. Die Initiative ist letztlich somit auch ein wenig heuchlerisch.

Aus all diesen Gründen ist die Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» klar abzulehnen. Wo nötig, hat das Parlament gehandelt. Weitere Bevormundungen der Bevölkerung braucht es nicht.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Die Initiative hätte negative Folgen für die Forschung in der Schweiz.

Foto: iStock/Nippon Khiawprommas

Extremes Begehren bedroht die Forschung

Nein zur Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative

Wenn Tierversuche in der Schweiz vollständig verboten werden, wäre der Schaden für den Forschungsstandort sowie die Gesundheitsversorgung gross. Bereits mit den heutigen hohen Standards gibt es verschiedene Bemühungen, Tierversuche zu reduzieren.

Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» zielt darauf ab, alle Tier- und Menschenversuche in der Schweiz zu verbieten. Darüber hinaus sollen auch der Handel, die Einfuhr und Ausfuhr von Produkten, die aus Tier- oder Menschenversuchen stammen, verboten werden. Selbst für Produkte, für die es keine Alternativen gibt. Es würde ausreichen, dass in einem einzigen Schritt des Prozesses ein Tier- oder Menschenversuch durchgeführt wurde, um das Produkt zu verbieten, unabhängig davon, ob dies dem Wohl des Menschen dient. Die Initiative betrachtet das Tier als unantastbar und stellt es über die Gesundheit des Menschen. Sie versteigt sich dazu, dass Tierversuche als Tierquälerei oder sogar als Verbrechen klassifiziert werden.

Gravierende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung

Wenn die Initiative angenommen würde, könnten neue Medikamente weder in der Schweiz entwickelt noch hierhin importiert werden. Bei einer Annahme ist mit schwerwiegenden Qualitätseinbu-

sen in der Behandlung zu rechnen. Die notwendigen Behandlungen oder Medikamente würden sich mittelfristig nur noch im Ausland finden lassen, und nicht jede und jeder wird sich den Luxus des Gesundheitstourismus leisten können. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Ohne Tier- und Menschenversuche wäre die Entwicklung des Impfstoffs gegen Covid-19 nicht möglich gewesen. Bei einer Annahme der Initiative wäre der Impfstoff in der Schweiz verboten, was die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie massiv verschärft hätte.

Forschungsstandort Schweiz in Gefahr

Die Schweiz ist ein wichtiger Forschungs- und Innovationsstandort. Bei einer Annahme der Initiative wäre dieser akut gefährdet und würde für Investoren unattraktiv. Durch die Verringerung der Standortattraktivität würden Arbeitsplätze gefährdet werden. Zur Erinnerung: Allein die Pharmaindustrie beschäftigt 46 500 Arbeitnehmende in der Schweiz. Dazu kommen die vor- und nachgelagerten Industriezweige und ihre Arbeitsplätze. Die Attraktivität des Schweizer Standorts ist somit



Matthias Michel setzt sich gegen die Initiative ein.

gefährdet. Dazu kommt, dass die Initiative gegen internationale Handelsabkommen verstösst, die die Schweiz unterzeichnet hat und einhalten muss.

Weniger Tierversuche als Ziel

Der Schutz von Tieren und ihr Wohlergehen ist ein Anliegen, das in der Schweiz ernstgenommen wird. So besteht bereits heute eine sehr strenge Gesetzgebung. Es werden auch verschiedene Projekte unterstützt, um Tierversuche zu reduzieren und schrittweise zu ersetzen. Mehrere Universitäten, die Pharmabranche, das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie der Schweizer Tierschutz tragen dazu bei. Mit der Initiative und ihren extremen und völlig realitätsfernen Forderungen würde man diese Projekte torpedieren. Auch aus diesem Grund lehnen alle erwähnten Kreise die Initiative deutlich ab.

Matthias Michel, Ständerat ZG

Lucio Sansano (vorne rechts) mit den Jungfreisinnigen Baselland nach einer erfolgreichen Sammelaktion zur Renteninitiative im Frühling 2021. Fotos: Jungfreisinnige Baselland



Politik auf der Strasse – Chance für den Freisinn

Wirksame Begegnungen beim Unterschriftensammeln

Lucio Sansano, Master-Mentee der FDP Schweiz, Präsident der Jungfreisinnigen Baselland und Wohnerrat der FDP Reinach, ist überzeugt: «Wir müssen den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Nur so gewinnen wir langfristig wieder an Wählergunst.»

Populismus? Für Freisinnige ein Fremdwort! Anders als gewisse Polparteien verzichtet die FDP auf polemisch geführte Kampagnen und bemüht sich stets sachlich um liberale Antworten auf die drängenden Fragen, die uns derzeit beschäftigen: Wie sichern wir unsere Altersvorsorge? Wie gelingt es uns, dass die Arbeitsplätze der Zukunft in der Schweiz geschaffen werden? Wie können wir das Netto-null-Ziel bis 2050 mit Anreizen, Fortschritt und neuen Technologien erreichen? Obwohl die Art und Weise des Politisierens der FDP ein Mitgrund war, weshalb ich der Partei vor rund drei Jahren beigetreten bin, bin ich der festen Überzeugung, dass es nicht mehr reicht, Positionen an Parteitagen, Mitgliederversammlungen oder Vorstandsräten zu beschliessen und in politischen Gremien hinter verschlossener Türe zu politisieren. Dies überzeugt die Bevölkerung nicht (mehr) von unseren liberalen Antworten.

Den direkten Austausch suchen

Wir Jungfreisinnige waren mit kurzer Corona Pause über 1,5 Jahre auf der Strasse und haben Unter-

schriften für unsere Renteninitiative gesammelt, die eine nachhaltige und eben liberale Antwort auf eine der zentralsten Fragen für die Schweiz und insbesondere uns Junge liefert. Nur wenige Wochen nach der Einreichung sind wir bereits wieder auf der Strasse und sammeln für das Referendum gegen die neue Filmsteuer (Lex Netflix), während gleichzeitig die FDP Frauen Unterschriften für die Volksinitiative für die Einführung der Individualbesteuerung sammeln. Die unzähligen Stunden, die ich auf den Strassen verbrachte und Unterschriften für diese Volksbegehren sammelte, zeigten mir: Das Allerwichtigste ist der direkte Austausch.

Um die Bevölkerung von unseren liberalen Antworten zu überzeugen, müssen wir raus. Wir müssen aktiv den Austausch mit den Menschen suchen, ihnen zuhören und ihnen unsere liberalen Ideen im direkten Gespräch näherbringen. Was eignet sich da besser als eine Unterschriftensammlung? Samstag für Samstag stand ich draussen, sprach Hunderte von Menschen an und trug meine Argumente



Lucio Sansano im Gespräch beim Sammeln für die Renteninitiative.

für ein höheres Rentenalter, für ein neues Besteuerungsmodell oder gegen eine unsägliche Filmquote vor. Nur um nach zwei Stunden 25 Unterschriften gesammelt zu haben. Das ist härteste Knochenarbeit. Aber: Die Begegnungen und Gespräche sind unbezahlbar und sehr lehrreich.

Drei zentrale Projekte für den Schweizer Freisinn

Diese drei zuvor genannten Volksbegehren sind meines Erachtens eindeutig die drei wichtigsten Projekte für den Schweizer Freisinn. Denn sie haben eines gemeinsam: Sie sind oder sollen der Tatbeweis sein, dass wir Freisinnige initiativ- und referendumsfähig sind. Zu lange haben wir Volksinitiativen und Referenden den Polparteien überlassen. Das Resultat: Wir stimmen immer und immer wieder über klassenkämpferische Initiativen der Juso ab oder haben zu befürchten, dass die marode AHV – unser wichtigstes Sozialwerk – aufgrund einer Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ausgebaut anstatt saniert wird. Kurzum: Konstruktive und sachliche Diskussion über die drängenden Herausforderungen unserer Zeit werden verunmöglicht.

Ich bin überzeugt, dass der liberale Aufbruch nur gelingt, wenn diese drei Projekte keine Einzelfälle bleiben und wir auch in Zukunft den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Wenn wir im direkten Austausch für unsere liberalen Ideen eintreten, werden wir langfristig wieder an Wählergunst gewinnen. Denn unsere Ideen erfüllen den Praxistest und führen die Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft. Wir müssen sie nur noch an den Mann und die Frau bringen.

**Lucio Sansano, Master-Mentee,
Präsident Jungfreisinnige Baselland
und Wohnerrat Reinach BL**

Die polnische Metropole Warschau war Austragungsort der Alde-Workshops. Foto: iStock/Radosław Pachowicz



Ende November fanden in Warschau die «Alde Accelerator»-Tage statt. Am Kongress der Allianz der liberalen Parteien Europas nahmen mit Philipp Gasser, Arnaud Bonvin und Kenny Käch auch drei Mitarbeiter des FDP-Generalsekretariats teil. Sie besuchten die Workshops «Digital Engagement», «Social Media and Communications» und «Organizing and Field Campaigning».

Der Koffer gepackt, den Impfausweis gefunden, das Einreiseformular ausgefüllt – der Reise in die Hauptstadt Polens stand nichts mehr im Weg. Der erste Tag war geprägt vom Thema «Organizing». In knapp drei Stunden wurde uns gezeigt, wie man erfolgreich eine Gruppe von freiwilligen Wahlkampf Helfern mobilisiert, motiviert und koordiniert. Immer wieder wurde dabei auf das Schneeballsystem beim Akquirieren von Freiwilligen verwiesen. Es ist erfolgsversprechender, wenn man gezielt einzelne Personen anspricht und motiviert, so dass diese ihren Freundeskreis mitziehen. «Someone has to show how to take action» – Man soll als inspirierendes Vorbild agieren.

Daneben lag der Fokus auch auf das Adaptieren von neuen Techniken und wie man es richtig bzw. falsch macht. Besonders der Door-to-Door-Wahlkampf war hier ein Thema. So meinte ein Teilnehmer, dass dieser in seinem Land nicht funktionieren werde, da die Kultur gänzlich eine andere sei. Diese Befürchtung wurde sogleich aus der Welt geschafft: Es gibt keine Situation, in der die Kultur persönliche Begegnungen im Wahlkampf verhin-

dert. Die Kunst liegt darin, das Instrument an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

Corona und der Digitalisierungsschub

Der nächste Tag startete gleich mit zwei praktischen Beispielen. Die norwegische Partei «Venstre» und die rumänische «USRPLUS» referierten über ihren erfolgreichen Wahlkampf während Corona. Besonders der Fortschritt von digitalen Aspekten war prägend. Die Norweger führten zum ersten Mal digitale Meetings durch und in Rumänien setzt man vermehrt auf einen Whatsapp-Wahlkampf. Die Krise wurde als Chance genutzt und neue Techniken wurden entwickelt, erfolgreich angewendet und beibehalten. Trotzdem wurden auch auf die herkömmlichen Instrumente nicht verzichtet: Flyer, Door-to-Door- und Standaktionen.

Freiwillige Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sind das A und O eines Wahlkampfes. So fand ein Workshop statt, mit Tipps und Tricks Personen zu finden, Schlüsselpositionen übernehmen zu lassen und diese zu führen. Denn einer allein kann nicht erfolgreich eine ganze Truppe führen, zu auf-



Während der Workshops fand der Austausch in verschiedenen Gruppenarbeiten statt. Foto: Philipp Gasser

wendig ist der organisatorische Aufwand. Schlussendlich benötigt man aber Energie, richtiges Gespür und Empathie.

Die PS auf den Boden bringen

Am eindrücklichsten waren die Gespräche mit dem Vertreten der anderen Parteien. Ich erklärte dabei mehrmals, wie unser Föderalismus funktioniert und worüber wir als Nächstes abstimmen. Was mir aber deutlich vor Augen geführt wurde, ist, dass die FDP Schweiz im internationalen Vergleich gut aufgestellt ist. Die Finnen haben Mühe mit der Zweisprachigkeit, die Belgier mit den unterschiedlichen Kulturen und die Österreicher mit den eigenen Leuten. Die PS sind bei uns vorhanden, wir müssen sie nur richtig auf den Boden bringen.

Verschiedene Länder, verschiedene Herausforderungen

Im Workshop «Social Media & Kommunikation» ging es um den Austausch mit Vertretern anderer Länder und wie ihre Parteien die verschiedenen Kommunikationskanäle nutzen. Auffallend war, dass es in allen Ländern verschiedene Herausforderungen gibt. Manche haben zu wenig Zeit, alle Kanäle zu verwalten, andere haben Mühe, ihre Parlamentarier für Aktivitäten zu motivieren. Auch die FDP wirkt auf die anderen Parteien wie ein Alien, wenn wir erklären, dass wir mit zwei oder drei Sprachen jonglieren und das stets berücksichtigen müssen.

Wiederkehrendes Thema im Workshop war die Wichtigkeit von Storytelling sowie Inhalten und deren Verbreitung auf verschiedenen Kanälen. Da die Ressourcen nicht unendlich sind, ist es wichtig, Inhalte auf verschiedenen Kanälen zu nutzen. Während für uns Messengerdienste wie Telegram, Whatsapp und Threema grosses Potenzial für die politische Kommunikation haben, setzten andere Parteien verstärkt auf Instagram. Unbestritten ist, dass Audio, Video und Bilder wichtige Ausgangspunkte für Inhalte sind.

Philipp Gasser, Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner
Arnaud Bonvin, Kommunikationschef

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

**Änderung des Bundesgesetzes
über die Stempelabgaben**



NEIN

**Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket
zugunsten der Medien**



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder
und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder
und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»**



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschen-
versuchsverbot – Ja zu Forschungswegen
mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»**

AGENDA

12. Februar 2022, Montreux
Delegiertenversammlung

25. Juni 2022, Uri
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022
Delegiertenversammlung

Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan noch unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

KOLUMNE

Linkes Kaffeesatzlesen



Im Sinne eines Monitorings schaue ich regelmässig Mailings und Social-Media-Posts von Politikerinnen und Aktivisten linker Parteien an. Dabei muss ich ab und zu die Stirn runzeln. Da schrieb zum Beispiel Cédrick Wermuth (Co-Präsident SP) auf Facebook, er habe kürzlich für seinen Kaffee Mehrwertsteuern bezahlt. «Wieso sollen Unternehmen keine Emissionsabgaben mehr zahlen?», fragte er sinngemäss. Ich meine: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Nur weil man Geld von einem Bankkonto für eine Aktienkapitalerhöhung auf ein Firmenkonto einzahlt, wurde dadurch allein noch kein Mehrwert geschaffen. Entscheidend ist zum Beispiel, ob aus dieser Kapitalerhöhung Arbeitsplätze entstehen.

Aus diesem Grund ist der Gedankengang von Cédrick Wermuth absurd. Polemisch könnte man zurückfragen: «Lieber Cédrick, soll man etwa eine Steuer zahlen, wenn man Geld auf sein Sparkonto einzahlt?»

Die Abschaffung der Emissionsabgabe, über die wir am 13. Februar 2022 abstimmen, vereinfacht es, neues Kapital zu bilden. Gerade in einer anhaltenden Krise ist das ein richtiges Signal. Ein Signal, dass der Staat niemanden zusätzlich besteuern will, nur weil er die Kapitalbasis und damit die Firma stärken will.

Dass der SP-Chef mit sinnlosen Vergleichen die Abstimmung gewinnen will, sagt viel darüber aus, wie tief seine argumentativen Ansprüche gesunken sind.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

KMU stärken

Unsinnige Steuer abschaffen



JA 13. Februar

Änderung
Stempelabgaben-Gesetz

FDP
Die Liberalen
